

12.2019

Informationen der
Vereinten

Dienstleistungsgewerkschaft

Fachbereich Bund + Länder

I
N
F
O
R
M
A
T
I
O
N

Digitalisierungstarifvertrag - Es geht los!

ver.di startet in Tarifgespräche mit dem Bund. Ziel ist ein Digitalisierungstarifvertrag für die Verwaltungen und Behörden des Bundes. Darauf hatten sich ver.di-Vorsitzender Werneke und Bundesinnenminister Seehofer in einem Spitzengespräch Ende 2019 verständigt. Beginnen sollen die Gespräche Anfang 2020. Einen Abschluss strebt ver.di bis Mitte des Jahres an. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes fordert ver.di vergleichbare Regelungen.

Das ist die Herausforderung: Der Bund treibt die Digitalisierung seiner Behörden mit Nachdruck voran. Bis 2022 soll ein Großteil aller Verwaltungsleistungen online verfügbar sein. Der Bund sieht sich dabei als Vorreiter und Vorbild für Länder und Kommunen. Ebenso nachhaltig soll die interne Organisation verändert werden: Die Einführung der E-Akte, der Bundesclient oder die Personalverwaltungssoftware PVSplus sind nicht nur Bausteine der Digitalisierung. Sie schaffen einheitliche Standards und ermöglichen es, Aufgaben in einzelnen Behörden zu konzentrieren.

Viele Tätigkeiten werden sich in den kommenden Jahren stark verändern. Mobiles Arbeiten in digitalen Prozessen verändert die Arbeitsabläufe, lädt zum Gestalten ein und fordert zugleich Arbeits- und Gesundheitsschutz heraus. Qualifizierungsanforderungen werden künftig auf digitale Kompetenzen ausgerichtet werden. Während auf der einen Seite die Anforderungen steigen, droht anderen Bereichen das Aus und die Abwertung von Tätigkeiten.

Für ver.di steht fest: Die Digitalisierung darf keine Verlierer erzeugen! Digitalisierung muss gestaltet werden!

Das will ver.di erreichen: ver.di will die Interessen der Beschäftigten des Bundes in den Digitalisierungsprozessen zur Geltung bringen. Davon profitieren alle, weil nur so Digitalisierung gelingen kann. Im Mittelpunkt eines Digitalisierungstarifvertrages steht die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Sie ist zugleich Voraussetzung dafür, dass die Behörden und Verwaltungen des Bundes ihre Aufgaben qualitativ hochwertig wahrnehmen können.



Wollen Digitalisierung gemeinsam gestalten: Bundesinnenminister Seehofer und ver.di-Vorsitzender Frank Werneke (Bild: Stefan Boness)

Konkret will ver.di

- einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung, der die berufliche Zukunft und die Beschäftigung dauerhaft sichert,
- einen nachhaltigen Schutz der Gesundheit,



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

- einen Datenschutz, der die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten absichert und
- Regelungen, die den Zugang zu neuen Arbeitsformen ermöglichen und gestalten.

Das geht nur mit Tarifvertrag! Ein Digitalisierungstarifvertrag bietet den Beschäftigten individuellen rechtlichen Schutz und eröffnet Spielräume bei der Teilhabe an der digitalen Arbeitswelt. Tarifverträge sind unmittelbar rechtsverbindlich und stärken zugleich den Rahmen der Personalratsarbeit. Die Beschäftigteninteressen werden so doppelt gesichert.

Die Idee, Digitalisierungsprozesse in den Bundesbehörden tarifvertraglich zu regeln hatte ver.di bereits seit einem Jahr in die Diskussion eingebracht. Nicht nur der Bundesinnenminister hat sich von den starken ver.di-Argumenten überzeugen lassen. Mittlerweile erkennen auch immer mehr Verbände nach anfänglicher Skepsis die Chancen eines Digitalisierungstarifvertrages.

Und natürlich wird ver.di überall dort, wo es notwendig ist, die gleichen Regelungen für die Beamtinnen und Beamten des Bundes fordern. Denn ver.di ist **die** Gewerkschaft für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

Jetzt Mitglied werden!

Beitrittserklärung
 Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

 | | | | | | | | | |

Vertragsdaten

Titel	Vorname	Land/PLZ	Wohnort
Name		Telefon	
Straße		Hausnummer	
E-Mail		Geburtsdatum	
Geschlecht <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich			

Beschäftigungsdaten

<input type="checkbox"/> Angestellte*r <input type="checkbox"/> Beamter*in <input type="checkbox"/> erwerbslos <input type="checkbox"/> Arbeiter*in <input type="checkbox"/> Selbständige*r	Branche
<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit Anzahl Wochenstunden:	ausgeübte Tätigkeit
<input type="checkbox"/> Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in <input type="checkbox"/> Praktikant*in <input type="checkbox"/> Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen) <input type="checkbox"/> Dual Studierende*r <input type="checkbox"/> Sonstiges	monatlicher Bruttoverdienst €
bis	Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe
Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)	Tätigkeits-/Berufsahre o. Lebensalterstufe
Straße	Monatsbeitrag € Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.
PLZ	Beschäftigungsort

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

IBAN Deutsche IBAN (22 Zeichen)	Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)
Straße und Hausnummer	
PLZ/Ort	

Ich wurde geworben durch:
 Name Werber*in
 Mitgliedsnummer

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen